

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Jahreshälfte 4000.— M. Einzelverkaufspr. 300 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.  
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Pettzeile ober deren Raum 800.— Mark, auswärtige 1000.— Mark, für Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 600 M., für Reklamen 3200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle  
1905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 141.

Mittwoch, 20. Juni 1923.

30. Jahrgang.

## Kommt der Verstand?

Dr. L. Lübeck, den 20. Juni.

Baldwin, der neue englische Ministerpräsident, prägte vor einigen Tagen das Wort: Wer die Reparationsfrage lösen wolle, müsse den Mut eines Pitt und den Glauben Lincolns haben.

Wäre Baldwin Deutscher, so hätte er sicher noch hinzugefügt: und eine Elefantenhaut. In Deutschland braucht der Politiker nicht nur zähe Entschlossenheit und ungeheure Ueberzeugungsstreue im Kampf für sein Ziel, mehr noch hat er stolze Gleichgültigkeit und Verachtung nötig für alles, was ihm an Verdächtigungen und Verleumdungen angeworfen wird.

Den erbittertesten Kampf führen wir seit Jahren an dieser Stelle gegen zwei Dinge, die wie Totenvögel Deutschland auf seinem Leidensweg umflattern und führen: den niedrigstnürigen Nationalismus und die Zerrüttung des Geld- und Finanzwesens.

Ein Volk, das einen solchen militärischen Zusammenbruch erlebt hat, wie das deutsche, muß sich den nationalistischen Hochmut für einige Jahrzehnte abgewöhnen. Muß sich mit der alten Tatsache abfinden, daß Siegervölker mitleidslos auf ihren Schein bestehen und die Macht auf ihrer Seite haben. Jedenfalls aber müssen sich mit dieser Tatsache alle jene abfinden, deren Weltanschauung in dem Glauben an Gewalt und Krieg so fest und unerschütterlich verankert ist, wie sie immer behaupten.

Das sagen wir heute nicht zum ersten Mal. Immer wieder haben wir auf die Torheit jenes Nationalismus hingewiesen, der mit tönendem Schellenklingel sich selbst blind und taub redet und damit die Tatsachen aus der Welt zu schaffen glaubt. Die Tatsache, die Deutschland den unentrichtbaren Zwang auferlegen, auf dem Wege der Verständigung seine internationale Lage so oder so stetig zu gestalten. Nicht steht zur Debatte, ob wir das gern tun oder nicht, sondern ob uns eine andere Möglichkeit bleibt.

Wir wollen heute nicht noch einmal eingehen auf die verhängnisvolle deutsche Politik zur Zeit des Sturzes von Bismarck und während der ersten Regierungszeit Cunos. Das ist vorbei; der übermächtige Nationalismus hatte sein Opfer gefordert.

Aber die Zeit des Ruheinbruchs selbst muß immer wieder kritisch beleuchtet werden. Denn sie ist schicksalsschwerer Gegenwart für den ersten und den letzten Deutschen, ist der Boden für Sein oder Nichtsein der gesamten deutschen Zukunft.

Die Gewerkschaften waren die ersten auf dem Plane, als es galt, dem französischen Militarismus den Widerstand der passiven Abwehr zu leisten. Und sie waren auch die ersten, die die Notwendigkeit einer möglichst baldigen deutsch-französischen Verständigung feststellten. Die gesamte sozialdemokratische Presse verfolgte mit Leidenschaft den gleichen Standpunkt.

Mehr als einmal haben wir die Frage aufgeworfen, welchen Sinn der passive Widerstand denn haben soll, wenn er nicht eine Verständigung zum Ziel hat. Und mehr als einmal haben wir ausgesprochen, daß alles nationalistische Geißel Verbrechen sei an Deutschland und Hilfe für Poincaré! Ruhe und kühle Ueberlegung haben wir verlangt und eine wirkliche „Einheitsfront“ aller Deutschen. Die sinnlosen Sabotageakte nationalistischer Werkzeuge und Dummköpfe aber haben wir rücksichtslos verurteilt. Und wir haben vor dem kindlich-frommen Glauben gewarnt, daß Frankreich auf die Knie zu zwingen sei.

Was war der Erfolg? Denn eine Herde vor Langeweile

grunzender Efel brüllte die ganze nationalistische Meute los, verstärkt durch Männer, die nicht immer unzurechnungsfähig und hin und wieder gar demokratisch gewesen waren. „Zertrümmerer der Einheitsfront“, „Landesverräter“ usw., das war das wenigste, was man einreden mußte. Aber das Gebrüll hielt das Rad der Entwicklung nicht auf, die Zeit arbeitete. Unsere wirtschaftliche Lage wurde von Tag zu Tag trostloser, die Arbeitslosigkeit stieg, die Mark fiel. Und jetzt? Jetzt lassen auf einmal alle Schreier die Ohren hängen. Niemand weiß einen Ausweg.

Selbst Streikemann ist jetzt auf den Standpunkt gelangt, den wir seit Monaten verfolgten. Auf dem Landesparteitag in Neustrelitz sprach er offen von dem einzigen Ausweg aus dem deutsch-französischen Wirrwarr: Vernünftige Verständigung.

Also jetzt auf einmal vernünftige Verständigung, nachdem alles zu einem Scherbenhaufen geredet ist. Jetzt auf einmal das Zurückkehren nach dem Boden der Tatsachen. Wozu dann erst das Riesengeheul der letzten Monate, wozu die Hege gegen die Sozialdemokratie?

Politik war und wird stets sein ein Auspielen der Kräfte auf dem holprigen Gelände angenehmer oder unangenehmer Tatsächlichkeit. Doch wenn die Einsicht wirklich kommen will, ist es nie zu spät.

Wir kommen zum zweiten Punkt. Kampf gegen die Zerrüttung des deutschen Finanzwesens; gegen das Steuerunrecht. Gerade Schreiber dieses Artikels hat mit Leidenschaft immer und überall für eine Steuerreform gekämpft. Aus Gründen der Gerechtigkeit, aber auch Gründen des Staatswohls! Was mußte er alles dafür einstecken? Kein Wit! A der Verleumdung und persönlichen Verdächtigung war zu gemein; ein sogenannter Demokrat vertieg sich sogar zu der Behauptung, daß die sozialdemokratischen Zahlen gefälscht seien.

Und jetzt? Jetzt gibt der volksparteiliche Sprecher, Rechtsanwalt Ewers, in der Bürgerschaft offen zu, daß das Steuerwesen eine glatte Ungerechtigkeit sei, an der die Finanzen des Reiches und der Gemeinden schließlich scheitern müssen; und daß eine Steuerreform dringend notwendig sei zum Ausgleich der Gelbentwertung.

War es bei dieser Sachlage nötig, daß dem Reich erst Billionen von Mark durch einen „geheulichen Steuerbetrag“ mit Hilfe der bürgerlichen Parteien entzogen werden mußten? War es nötig, daß der Dollar erst auf 160 000 kletterte, bis auch im Bürgertum einige Einsicht dominierte?

Aber schließlich ist es auch da für eine bessere Einsicht nie zu spät!

Nur eine Lehre wird hoffentlich jeder Denkende aus diesem Umchwung der Geister unter der Wucht der Tatsachen ziehen: daß man die Brunnen nicht erst dann zudecken darf, wenn alle Kinder darin ertrunken sind.

Besondere Zeiten verlangen besondere Maßnahmen. Nur dann aber sind diese Maßnahmen aussichtsreich, wenn sie rechtzeitig, vorbeugend, angewandt werden. In Zeiten, wie wir sie durchleben, ist unerschlossenes Abwarten nichts anderes als verbrecherischer Schindrian.

Und den Vorwurf dieses Schindrians können wir jetzt jenen bürgerlichen Politikern nicht eriparen, die auf dem Wege zur Einsicht an der Spitze ihrer langjahren Standesgenossen marschieren.

## Vor einer neuen Stützungsaktion?

U. Berlin, 19. Juni.

Heute verlautete an der Börse, daß die Reichsbank auf dringende Intervention der Gewerkschaften und gewisser Regierungsstellen beabsichtige, den augenblicklichen Rückgang der Devisenkurse durch eine neue Stützungsaktion zu beschleunigen. Während der Festsetzung der amtlichen Kurse erfolgten bereits von bestimmter Seite, offenbar im Auftrage der Reichsbank, größere Abgaben an ausländischen Zahlungsmitteln.

## Die neuen Staatsarbeiterlöhne.

Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Staats- und Gemeindebediensteten mit der Regierung über die Lohnerhöhungen führten zu folgendem Ergebnis: Der Lohn erhöht sich ab 15. Juni 1923 in den Lohngruppen

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
auf 4800	4680	4560	4440	4368	4320	4272	2991 Mk.

Die Spannung von Ortsklasse zu Ortsklasse beträgt pro Stunde für männliche Bedienstete 90 Mk. und für weibliche 60 Mk. Der Soziallohn erhöht sich für die Frauen auf 300 Mark und für jedes Kind ebenfalls auf 300 Mk. pro Stunde. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Ortslohnzulagen folgendermaßen reduziert werden: diejenigen Orte, die bisher eine Ortslohnzulage von 70 und 68 Proz. hatten, erhalten fortan 58 Prozent; diejenigen, die bisher 65 Proz. hatten, erhalten 56 Proz.; diejenigen, die bisher 63 und 60 Proz. hatten, erhalten jetzt 54 Proz.; diejenigen, die bisher 55 Proz. hatten,

erhalten jetzt 50 Proz., und diejenigen, die bisher 50 Proz. hatten, erhalten fortan 48 Proz. Anstatt einer einmaligen Entschuldungssumme ist eine Verschiebung in der Lohnzahlung dahingehend eingetreten, daß jetzt der Lohn nicht mehr wie bisher 5 Tage nachträglich gezahlt, sondern für die laufende Woche gezahlt wird.

Im Anschluß an die Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Reichs- und Staatsarbeiter begannen am Dienstag nachmittags die Beratungen über die Erhöhung der Beamtengehälter. Abends 8 Uhr war ein vorläufiges Ergebnis, das noch der Zustimmung des Reichsfinanzministers bedurfte, erreicht. Es sieht rund eine 100%ige Erhöhung der bisher gezahlten Gehälter vor.

## Einigung mit den Staatsbeamten.

Berlin, 20. Juni.

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhungen der Bezüge der Beamten und Angestellten haben gestern abend zu einer Verständigung geführt. Der Teuerungszuschlag wird auf 6000 Proz. ab 16. Juni erhöht. Die Frauenzulage beträgt künftig 64 000 Mark. Die Befähigungszulage ist für alle Ortsklassen gleichmäßig auf 80 000 Mark festgesetzt. Die Auszahlung der Bezüge soll mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden.

Dollar 125 000.

## Sozialdemokratie und Volksnot.

Es besteht vorläufig keine Aussicht, daß eine Lösung der Reparationsfrage und damit eine Regelung des Ruhrkonflikts unmittelbar erfolgt. Selbst wenn die französisch-belgische Antwort auf die englischen Fragen schon in den allernächsten Tagen überreicht werden sollte, sind wir der Lösung vielleicht etwas näher, aber das schwierigste Problem ist noch keineswegs gelöst. Das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiterklasse, werden also schon in absehbarer Zeit der härtesten unglücklichsten wirtschaftlichen Lage in den kommenden Wochen noch viel Schweres zu ertragen haben. Es wird deshalb darauf ankommen, wie es möglich ist, die trüben Tage zu überleben, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln dem fortgesetzten steigenden Elend Einhalt geboten werden kann. Große Hoffnungen sind in dieser Hinsicht auf die gegenwärtige Regierung nicht zu setzen. Sie hat zu oft enttäuscht, als daß sie jetzt noch Hoffnungen erwecken könnte. Unter ihrer Führung ist die Stützungsaktion täglich zusammengebrochen, und infolge ihrer Kurzsichtigkeit auf innen- und außenpolitischem Gebiet hat sie die Voraussetzungen zum endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geschaffen.

Infolge der Kurzsichtigkeit der gegenwärtigen Regierung, insbesondere aber in Erkenntnis dessen, daß den notleidenden Schichten des Volkes schnell geholfen und weiteres Elend von ihnen abgehalten werden muß, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich entschlossen, erneut die Initiative zu ergreifen und an die Regierung mit Forderungen heranzutreten, die Gewähr dafür bieten, daß wenigstens die größte Not gebannt und die Voraussetzungen zur Vermeidung der endgültigen Katastrophe geschaffen werden. In der Mittwoch-Sitzung des Reichstages, die sich mit der kommenden Botenverjagung befaßt, kann die Regierung die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kennen lernen, gleichzeitig aber vernehmen, daß wir entschlossen sind, diese Forderungen durchzusetzen. Vor allem verlangt die Fraktion, daß zunächst eine offizielle Erklärung der Regierung über die unbedingt notwendige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisentwicklung veröffentlicht wird. Als zu Beginn der Stützungsaktion die Mark sich eine Zeit lang auf einem bestimmten Niveau hielt, hatten die Herren Cuno und Beder von sich aus nichts Eiligeres zu tun, als darauf aufmerksam zu machen, daß es mit Rücksicht auf die allgemeine Entwicklung nicht angebracht ist, zu neuen Lohnerhöhungen zu schreiten. Jetzt, wo der Dollar von einem Tag zum andern um einen erheblichen Prozentsatz steigt, denkt sie nicht daran, den Arbeitnehmern das Recht auf Leben wenigstens durch einen entsprechenden Hinweis gegenüber den Unternehmern zu sichern. Es ist deshalb nur angebracht, wenn die Sozialdemokratie jetzt von der Regierung eine entsprechende öffentliche Stellungnahme verlangt und damit den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiterklasse gegenüber den Unternehmern ihre moralische Unterstützung leiht. Aber mit einem öffentlichen Hinweis allein ist dem Volke nicht gedient. Die Regierung muß zunächst selbst ihre Beamten und Angestellten entsprechend der Gelbentwertung entlohnen und ihren ganzen Einfluß in gleichem Sinne auch auf die Privatwirtschaft geltend machen. Ihre Stützungsorgane sind gleichfalls sofort entsprechend anzumessen.

Diesen ersten Maßnahmen hat dann der Uebergang zu den wertbeständigen Löhnen zu folgen. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung wenigstens jetzt bereit ist, dem Verlangen der Gewerkschaften in dieser Hinsicht zu folgen und daß man an amtlicher Stelle den Wunsch hat, schon im Laufe der nächsten Woche zu einer endgültigen Regelung dieser für die Arbeiterklasse so wichtigen Frage zu schreiten. Außerdem aber verlangen wir Goldrechnung auf dem Etat- und Steuergebiet, also Wertbeständigkeit der Steuern. Stundungen und Kredite dürfen vom Reich und den Betriebsverwaltungen nur noch auf Goldbasis und gegen Goldzins gewährt werden. Insbesondere sind die Ruhrkredite nicht mehr in Papier, sondern nur noch wertbeständig zu gewähren. Durch die sinnlose Gewährung von Ruhrkrediten hat die Regierung sich selbst an dem Zusammenbruch der Stützungsaktion schuldig gemacht; sie verschuldet ohne Zweifel damit einen Teil des Elends, das die arbeitenden Massen heute auskosten haben. Neben der Wertbeständigkeit der Kredite verlangen wir eine Einschränkung der bisherigen Kreditwirtschaft.

Leichtfertig hat die gegenwärtige Regierung unter dem Vorwand der vorübergehend geglätteten Stabilisierung der Mark die Ausfuhrabgabe abgebaut und so auf einen wesentlichen Teil der Reichseinnahmen verzichtet. Seit Wochen dürfte man auch in der Wilhelmstraße von dem endgültigen Zusammenbruch der Stützungsaktion überzeugt sein, aber an eine Wiederherstellung der Ausfuhrabgabe und eine Zurückführung der Freiliste auf den alten Stand sowie die verschärfte Durchführung der Kontrolle denken die Herrschaften nicht. Wir verlangen deshalb, daß zunächst die Ausfuhrabgabe wieder hergestellt wird und alle früher mit ihr verbundenen Maßnahmen wieder eingeführt werden.

Mit den vorstehend geforderten Schritten hat die sofortige Be-

# Der Münchener Hochverratsprozess.

## Der Strafantrag.

SPD. München, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der Dienstag-Verhandlung des Hochverratsprozesses gegen Fuchs und Genossen kam Staatsanwalt Kellerer vor Beginn seines Plädoyers nochmals auf den Selbstmord des Machhaus zurück. Er gab bekannt, daß Machhaus an seine Angehörigen und Bekannten im ganzen 10 Briefe hinterlassen habe. Einige von ihnen, aus denen der Beschluß zum Selbstmord einwandfrei hervorgeht, sind datiert vom 29. bzw. 31. Mai. Das letztere Datum trägt auch die „lebenswichtige Verfügung“, in der Machhaus bestimmt, daß seine Leiche verbrannt werden soll zusammen mit dem Leibriemen, „der mir zur letzten Tat diente.“

Die Einleitung des staatsanwaltlichen Plädoyers bildet der Nachweis, daß Fuchs, Machhaus und Munk bei ihrer Verteidigung keinerlei Glaubwürdigkeit verdienen. In einer Reihe von Beispielen zeigt er, wie besonders Fuchs zahlreicher Lügen überführt sei, so über die Beziehungen des Fuchs zum ehemaligen Kronprinzen Rupprecht. Der Staatsanwalt bezeichnet diese Beziehungen als solche untergeordneter Natur, während er Rupprecht Wittelsbach für einen leidenschaftlichen antiseparatistischen und antifröhen Mann charakterisiert. Der Lügenhaftigkeit stellt der Staatsanwalt die absolute Glaubwürdigkeit der vier Hauptzeugen entgegen, an denen trotz aller Künste der Verteidigung keinerlei Mafel hängen geblieben sei. Der Vorwurf gegen die Zeugen, sie seien als Provokateure tätig gewesen, sei vollständig hinfällig, im Gegenteil sei nachgewiesen, daß die Zeugen so und so oft die geplante Aktion gebremst hätten.

Der Nachweis des Staatsanwalts richtete sich vor allem auf die geplante Missetat der Angeklagten Fuchs, Machhaus und Munk, eine gewalttätige Trennung Bayerns vom Reich und eine gewalttätige Aenderung der Verfassung herbeizuführen. Diese Pläne hätten eine Reihe von Handlungen der drei Angeklagten im Gefolge gehabt, die ihr Vorhaben unmittelbar zur Ausführung hätten bringen sollen. Damit sei das Moment des vollendeten Hochverrats gegeben. Die Beweggründe für die Tat sieht der Staatsanwalt im Ehrgeiz, in der Ruhmsucht und in der Gewinnung materieller Vorteile, Beweggründe, die sich in verschiedenem Ausmaße auf die drei Hauptangeklagten verteilen. Diese Beweggründe wurden bei Fuchs und Machhaus durch den Franzosen Richert verstärkt, vor allem mit seinem Geld. Fuchs und Machhaus empfingen im ganzen weit über hundert Millionen Mark, von denen der größere Teil an die Organisationen verteilt wurde. Richert in die Tasche der beiden Hauptangeklagten geflossen ist, läßt sich nicht genau feststellen; mit Sicherheit nachweisbar sind 9 Millionen und ein Päckchen mit Tausendfrancsnoten.

Die Schuld des verstorbenen Dr. Kühles sieht der Staatsanwalt als auf Munk übergegangen, dessen französische Einstellung bewiesen sei. Munk habe gewußt, daß er durch seine Handlungen nicht deutschen, sondern französischen Interessen diene. — Berger und Rudolf Gutermann seien zu beurteilen als aktivistische junge Leute, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind. Machhaus hatte sie so weit in seine Pläne eingeweiht, daß sie wußten, es handle sich nicht bloß um eine Abwehraktion; sie waren sich klar über die gewollte Verfassungsänderung und über die Ausrichtung der Diktatur. — Da bei keinem der Angeklagten, mit Ausnahme des jungen Richard Gutermann,

die Schuldausschließungsbeweggründe vorhanden sind, so lautet der Antrag des Staatsanwalts:

Gegen Professor Georg Fuchs lebenslängliches Zuchthaus, 10 Millionen Mark Geldstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Einziehung der bei Machhaus beschlagnahmten Devisen; gegen Johann Munk 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Wochen Unterjuchungshaft, 50 Millionen Mark Geldstrafe, 10 Jahre Zuchthaus, Stellung unter Polizeiaufsicht, Ausweisung aus dem Gebiet des Deutschen Reiches, vorläufige Beschlagnahme der geleisteten Sicherheit von 60 Millionen Mark und sofortige Wiederhaftung wegen Nichtverhaftung; für Johann Berger 2 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Wochen Unterjuchungshaft und 300 000 Mark Geldstrafe; gegen Rudolf Gutermann 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus unter Anrechnung von 8 Wochen Unterjuchungshaft und 1 Million Mark Geldstrafe. Die Geldstrafen sind erst in Gegenwart der Angeklagten Richard Gutermann beantragt der Staatsanwalt Freisprechung.

Die Nachmittags-Sitzung war dem Verteidiger des Fuchs dem Grafen Pestalozza vorbehalten. Er gliederte sein Plädoyer in zwei Teile. Im ersten gab er einen historischen Rückblick auf politische Streiflichter, im zweiten befaßte er sich speziell mit der Anklage gegen seinen Mandanten. Zuerst zählte er eine Reihe von Tatsachen aus der preußisch-brandenburgischen Geschichte auf, mit denen er die Zusammenarbeit mit Frankreich gegen deutsche Interessen beleuchten wollte. Dann resümierte er den Begriff des Bolschewismus, der heute gerade in nationalistischen Kreisen Bayerns in heilloser Verwirrung geraten sei, indem Bolschewismus einfach gleich Sozialismus gesetzt würde. In diesem Zusammenhang sprach er von dem Unheil, daß Bayern durch die preußischen Emigranten nationalistischer Färbung getroffen habe und sagte wörtlich: „Der preußische Adler hat sich das Fell des bairischen Löwen umgehängt und hat nun auf sein eigenes Nest los, weil darin der sozialistische Ruckel sitzt.“ — Im zweiten Teil seines Plädoyers befaßte sich Graf Pestalozza in der Hauptsache mit der Person des Richert, für deren Klärstellung die Anklage nahezu alles unterlassen habe. Obwohl ihr eine Aufhellung der Persönlichkeit des Richert nicht besonders schwer gefallen wäre. Dann aber übte der Verteidiger, wie erwartet, eine außerordentlich scharfe Kritik an den vier Hauptzeugen, die vielleicht Gutes gewollt, aber jedenfalls Schlechtes vollbracht hätten. Sie und die anderen hochgestellten Persönlichkeiten, wie General Mühl und Präsident Böhm, hätten an Fuchs einen menschlichen Hochverrat begangen, weil sie ihm und seinen Genossen bewußt ein falsches Spiel zu ihrer Unterstützung vorgespielt hätten. Und dieser menschliche Hochverrat der vielen Repräsentanten des vaterländischen Gedankens sei die Grundlage zu dem politischen Hochverrat, wie ihn die Anklage vertrete. Die Täuschung des Vertrauens sei zweifellos als Ermunterung zum Hochverrat zu bezeichnen, dem Fuchs, als unpraktischer Literat, Projektentwerfer und Halbpolitiker, zum Opfer gefallen sei. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die Tat des Fuchs in keiner Weise als ehrlos zu bezeichnen. Er plädierte nicht auf Freisprechung, aber er müßte auf das entschiedenste in Abrede stellen, daß sein Mandant ehrlos gehandelt habe.

Der Mittwoch ist für die Plädoyers der anderen drei Verteidiger vorbehalten. Das Urteil ist nicht vor Ende des Monats zu erwarten.

## Reichstag.

Der Reichstag erledigte am Dienstag in zweiter und dritter Beratung den Gesetzentwurf, der das Verdröbnis, das Kolonial-, das Auslandsbüchergesetz und die Entschädigungsordnung der Geldentwertung anpaßt. Dann wurde die zweite Beratung der Korolle zum Landessteuergesetz zu Ende geführt. Das Gesetz wurde im wesentlichen nach den Ausschüßbeschlüssen angenommen. Für unsere Fraktion verlor die Genosse Leine vergeblich, die bürgerlichen Parteien noch einmal von dem Unterte der Doppelbesteuerung für Gemeindefiskal abzubringen. Aber nicht ein einziger bürgerlicher Abgeordneter, erst feiner der Genossenschaftler, stimmte für unseren Antrag, der die eingekauften Waren der Genossenschaft innerhalb des Weltmarktes in der Genossenschaft von der Umlagebefreiung befreit wissen will. Genosse Saltmann-Franken bekämpfte den § 22 des Gesetzes, das auch privaten Schulen und Bildungseinrichtungen sowie Werkstätten Zuschüsse aus dem Aufkommen der Reichsteuergesetze gewährt. Der Paragraph wurde gegen die Stimmen der Linken angenommen. Die Deutschnationalen hatten sogar beantragt, daß des Reich den Religionsgesellschaften Zuschüsse auf die Kirchensteuer gewährt soll. Dieser Antrag wurde, nachdem er vom Reichsfinanzminister bekämpft worden war, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Eine Frage unseres Genossen Saltmann, was denn eigentlich die Erhebung der Kirchensteuer dem Reich koste und welche Summen bei den Zuschüssen an den privaten Wohlfahrts- und Unterrichtsanstalten in Frage kommen, wurde von der Reichsregierung nicht beantwortet. Unsere Fraktion widersprach der sofortigen Übernahme der dritten Beratung des Landessteuergesetzes, das nun erst am Mittwoch in dritter Lesung verhandelt werden wird. Die Verlängerung des Beschlusses-Sperregesetzes wurde angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch.

## Die Hehe gegen Sebering.

Die deutschnationale Hehe gegen den preußischen Innenminister nimmt ungedrückt ihren Fortgang, insbesondere die Verhaftung und die Entlassung Schlägeters bezogen die Erbpäpster des Nationalgefühls dazu, um verdienstvolle Männer herabzuwürdigen. In anbeacht dessen erscheint es jetzt dringend notwendig, den Sachverhalt über das Treiben der nationalistischen Verbände, denen Schlägeter angehört, darzulegen: Der frühere Leutnant Heinz Hauentstein hatte Mitte Februar zur Unterstützung des passiven Widerstandes durch Sprengungen und Sabotageakte unter seinem ehemaligen Bekannten Leutnant zu einer „Organisation Heinz“ geworben, zu der u. a. auch Schlägeter, der frühere Leutnant Schneider und der frühere Unteroffizier Göge gehörten. Dieser Trupp hatte die Aufgabe, im besetzten Gebiet Sprengungen vorzunehmen und außerdem Spitzel zu beschaffen. In der Nähe von Kaiserswerth hat er am 15. März Sprengungen ausgeführt, die bekanntlich zu Repressalien gegen die Stadt und zur Verhaftung einer Reihe von Bürgern als Geiseln führten. Am 15. April hatte dann der Bürgermeister von Kaiserswerth, wie vorher und nachher auch andere Stadtverwaltungen, auf verschiedene Verordnungen der französischen Behörden hin einen Fahndungsbrief — den bekannten „Stadtsrief“, mit dem die deutschnationale Hehe leidenschaftlich arbeitet — an das Kriminal-Fahndungsblatt eingeklebt. Jedoch war bereits vorher ein Komplize von Schlägeter, der später zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Sadowski, durch die Franzosen verhaftet worden. Inzwischen war im März aus Besslau die Meldung eingetroffen, daß Leutnant Schneider von dort nach Berlin gereist sei mit dem Plane, den Minister Sebering zu ermorden. Schneider hat sich tatsächlich auch in Berlin in verschiedenen Lokalen herumgetrieben, ist dann aber, ohne seine Absichten in die Tat umzusetzen, in die „Heinzgruppe“ eingetreten. Zur gleichen Zeit wurde aber auch Göge von Berliner Kriminalbehörden gefaßt, und Ende April wurden sowohl er wie Schneider von dem Elberfelder Behörden festgenommen, da beide im dringenden Verdacht standen, in französischem Spionagedienst zu stehen. Aus inzwischen aufgefundenem Material ergibt sich auch, daß beide verächtlich in französischem Solde gefunden haben und 700 000 Mark für geleistete Spionagedienste von den Franzosen empfangen haben. Der verhaftete Hauentstein alias Heinz nimmt selbst an, daß er und seine Truppe durch Göge und Schneider an die Franzosen verraten wurde und daß infolge ihrer Spionagetätigkeit auch Schlägeter und Sadowski in die Hände der Franzosen geraten sind. Hauentstein ist später von der Elberfelder Polizei verhaftet worden, weil er und einige andere Spionagedienstleister Organisation der deutschen Polizei gegenüber aggressive Absichten gegen französische Soldaten zugab. Hauentstein und seine Freunde beschien bei ihrer Verhaftung zwar mit der Verheimlichung von Material, das die Reichsregierung belasten würde, falls man sie nicht wieder in Freiheit lasse, niemals aber hat Hauentstein bei irgend einem Verhör Zugaben gemacht, daß er den Plan habe, Schlägeter aus der Gewalt der Franzosen zu befreien, wie die

deutschnationale Hehe es in bewußter Fälschung der Tatsachen behauptet. Nicht irgendwelchen preußischen Behörden oder gar dem preußischen Innenminister kann auch nur entfernt die Schuld beigemessen werden, daß Schlägeter und seine Mitarbeiter in die Hände der Franzosen fielen. Den Verrat haben sie einzig und allein den Spitzeln in den eigenen Reihen zu danken, die sie für französischen Sold dem französischen Militarismus auslieferten. Daß es Heinz nicht ebenso ergangen ist, dafür kann er höchstens der Elberfelder Polizei dankbar sein, die ihn verhaftete und vor dem Schicksal der Hinrichtung dadurch bewahrte.

SPD. Elberfeld, 19. Juni. (Eig. Drahtber.)

Heute veröffentlicht der hiesige Polizeipräsident eine Berichtigung zu der Meldung der „Bergisch-Markischen Zeitung“ über die Festnahme von Heinz-Hauentstein und die damit in Verbindung gebrachte Entlassung Schlägeters, die zu der beispiellosen Hehe gegen den preußischen Innenminister in der gesamten reaktionären Presse geführt hat. Auch der angegriffene Polizeipräsident stellt aktenmäßig fest, daß die Behauptungen des deutschnationalen Blattes unrichtig sind. Aus der Darstellung geht weiter hervor, daß das Unternehmen, das in der Nacht zum 12. Mai von einem Trupp unter Führung Heinz-Hauentsteins nach dem Burgfeld bei Elberfeld durchgeführt wurde sollte, nach der Aussage sämtlicher Teilnehmer mit der Befreiung Schlägeters gar nichts zu tun hatte. Hauentstein selbst schilderte in seiner ersten Vernehmung den Tatbestand genau so wie die übrigen Beteiligten. Erst kurz vor seiner Vorführung vor dem Richter machte er vor dem Kriminalkommissar die Bemerkung, daß das Unternehmen jener Nacht eine Vorübung für einen in Düsseldorf durchzuführenden Handstreich zur Befreiung Schlägeters gewesen sei. Alle anderen Personen wußten von einem solchen Plane gar nichts, so daß es gar keinem Zweifel unterliegen kann, daß Hauentstein lediglich eine Ausrede gebräut hat. Auch die übrigen Behauptungen der reaktionären Presse von einem schriftlichen Hilferuf Schlägeters an Heinz werden als unwahr bezeichnet. Außerdem stellt die Berichtigung fest, daß am 12. Mai abends auf dem Bahnsteig in Schwerte der von der Polizei weitertransportierte Verdröbn Schneider, der Schlägeter bekanntlich an die Franzosen verraten hat, zwei Schutzpolizisten gegenüber erklärte, daß Heinz die Spritze zu dem Blausäure-Mitteln gegen Scheidemann geliefert hat. Unwahr ist auch die Behauptung von dem durch den preußischen Innenminister entlassenen Kriminalbeamten. Der Minister des Innern hatte sich damals mit der Sache überhaupt noch nicht befaßt. Es lag lediglich ein telegraphisches Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin vor. Hauentstein zur Verfügung zu halten, falls eine richterliche Verurteilung nicht erfolgen werde, und diesem Schreiben hätte das Elberfelder Polizeipräsidium unter allen Umständen nachgeben müssen, wenn es sich um eine Verurteilung in einer anderen Strafsache handelte. Die Berichtigung des Elberfelder Polizeipräsidenten läßt sich damit, daß sie die sämtlichen Angaben der reaktionären Blätter als in jeder Hinsicht unzutreffend bezeichnet, sodas die Unhaltbarkeit der gegen den preußischen Innenminister und gegen die Beamten der Elberfelder Polizei gerichteten Angriffe erwiesen sei.

## Stimmratswahl.

SPD. Dresden, 19. Juni. (Eig. Drahtber.)

Bei der Stimmratswahl in Dresden wurden 521 Vertreter der weltlichen und 499 Vertreter der kirchlichen Schule gewählt. Der kirchliche Sitz, den man allgemein auf christlicher Seite erwartete, ist nicht eingetreten. Die weltliche Schule erhielt 22 468 Stimmen und 21 Vertreter gegen 2750 Stimmen und 515 Vertreter im Vorjahr. Die kirchliche Schule erhielt 20 465 Stimmen und 499 Vertreter gegen 22 290 Stimmen und 517 Vertreter im vorangegangenen Jahre. Der Stimmratsvorsitzung der weltlichen Schulen ist als Gegen das Vorjahr strenger geworden.

## Schwierige Kabinettsbildung in Belgien.

Brüssel, 20. Juni.

Die Frage, ob die Center Universität vlamisch oder französisch sein soll, ist noch immer das große Hindernis bei der Bildung des neuen Kabinetts, um die sich Theunis bemüht. Theunis hatte gestern eine Unterredung mit dem liberalen Staatsminister Hymans und dem vlamischen Katholiken Minister Helleputte. Gestern nachmittag empfing er den Katholiken Renkin und den liberalen Bürgermeister von Brüssel, Mag, in dem Bemühen, ein Kompromißkabinetts aus Angehörigen der Liberalen und der katholischen Partei zu bilden. Die Katholiken treten natürlich für die vlamische Lösung ein, während die Liberalen erklären, sie würden nie dem Grundsatz der vlamischen Sprache für die Center Universität zustimmen. Diese Schwierigkeiten hat Theunis bisher nicht beseitigen können, sodas man annimmt, er werde auf den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts verzichten, wenn seine Bemühungen bis Mittwoch keinen Erfolg haben.

## Wird Österreich saniert?

Die vom Völkertbund für Deutschösterreich aufgelegte internationale Anleihe hatte bekanntlich auf dem internationalen Kapitalmarkt infolge einer sehr guten Aufnahme gefunden, als sie in letzter Zeit in Amerika binnen einer Viertelstunde, gezeichnet wurde. Das ist immerhin ein Beweis, daß das internationale Kapital das nötige Geld hat, um das zerrüttete Europa finanziell zu sanieren und daß bei vernünftiger Regelung des Reparationsproblems voraussichtlich auch für Deutschland eine ansehnliche Anleihe summe aufgebracht werden könnte. Für den Schuldnerstaat bedeuten allerdings solche Anleihen eine sehr starke Belastung, da die Gläubiger sich im voraus gleich bezahlt machen für das Risiko, das sie eingehen. Das muß mit der Völkertbund-Anleihe auch Österreich erfahren. Die Rückzahlung des geliehenen Geldes erfolgt schon vom nächsten Jahre ab mit 100 % des Anleihebetrages. Aber der Begebungskurs ist 3 % in England, Holland, der Schweiz und Schweden nur 80 %, in den Vereinigten Staaten 90 %, in Frankreich und Österreich selbst 93 %. Außerdem muß Österreich für die Völkertbund-Anleihe noch die Kommissionsgebühren aufbringen, die 1 1/2 bis 3 % in Amerika sogar 4 % betragen. Der Nominalbetrag, den die Anleihe ergeben hat, bezieht sich auf 747 444 000 Goldfronen. Diesen Betrag übernimmt also Österreich als Schuld den internationalen Gläubigern gegenüber und hat es zurückzahlen. Es erhielt aber aus den angeführten Gründen nur 605 221 000 Goldfronen, also 142 223 000 Goldfronen weniger als die eigentliche Schuld, die es einget. Von dieser Summe muß nun das arme Österreich sofort die Anleiheverpflichtung zurückzahlen, die ihm in den letzten Jahren von den verschiedenen Staaten der Entente geliehen worden sind. Das sind: ein englischer Kredit von 225 000 Pfund samt 6 % Zinsen, ein französischer Staatsanleihe von 250 000 Pfund samt 5 % Zinsen, ein französisches Reliquat von 55 Millionen Franken, ein italienisches von 68 Millionen Lire, ein tschechoslowakisches von 500 Millionen tschechische Kronen, außerdem eine im Februar aufgenommene kurzfristige Anleihe von 3 1/2 Millionen Pfund. Dazu kommen die österreichische Anleihe, sowie der Bankanteil und der Publikumsanteil von 107 Millionen Dollar, die am 1. Juli fällig waren. Diese Beträge mit Zinsen machen zusammen rund 287 Millionen Goldfronen aus, sodas Österreich also statt der 605 221 000 Goldfronen nur 318 221 000 Goldfronen erhält. Das ist lange nicht die Hälfte der Schuld, die es mit der Anleihe übernimmt. Erhöht wird diese Summe höchstens noch um einen Schweizer Betrag von 20 Millionen Goldfronen und einen spanischen von 26 Millionen Goldfronen. Aber selbst dadurch wird der Österreich zur Verfügung gestellte Betrag nur auf 364 221 000 Goldfronen, etwa 5 1/2 Billionen Papierfronen, erhöht. Eine nahe Zukunft wird lehren, ob dieser so geschmäuerte Anleihebetrag hinreichen wird, den zerrütteten österreichischen Haushalt wirklich zu sanieren.



### Amtlicher Teil

Das Brückengeld für die Herrenbrücke wird mit Wirkung vom 24. d. Mts. ab auf das 10fache der jetzt gültigen Sätze erhöht.  
Lübeck, den 18. Juni 1923. (8150)  
Finanzbehörde.

### Spielplatz Althof.

In gegebener Veranlassung wird darauf hingewiesen, daß das Fuß-, Faust- und Schlagballspielen auf dem Spielplatz „Althof“ gegenüber der Warmbadeanstalt am Hüterdamm verboten ist und Zuwiderhandlungen auf Grund der §§ 73, 103 und 116 der Straßen-Polizeordnung vom 11. 2. 1880 mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft werden.  
Lübeck, den 20. Juni 1923. (8141)  
Das Polizeiamt.

Am 21. Juni 1923, vorm. 12 Uhr, wird der Kapitän K. B. Fiemann vom Seeleichter „Grete Richr“, wegen seiner Reise von Ozelefund auf hier im Gerichtshause, Zimmer 10, Verklarung ablegen.  
Lübeck, den 20. Juni 1923. (8155)  
Amtsgericht Lübeck.

**Privatföhre.**  
Tarif ist ab 21. Juni erhöht.  
Lübeck, 20. 6. 23. Die Baubehörde.

**Kauschutz** kann von früh 7 bis nachmittags 3 Uhr angefahren werden.  
Lübeck, 20. 6. 23. (8142)  
Gaswerk I, Moislinger Allee 9.

### Die Kirchensteuer

für das Jahr 1923 ist vom Kirchentag festgesetzt auf 50 Proz. der Einkommensteuer des Jahres 1922, wohlverstanden: nicht 50 Proz. vom Einkommen, auch nicht 50 Proz. der Einkommensteuer dieses Jahres.  
Die Einkommensteuer eines gelernten und ungelerten Arbeiters betrug nach Angabe des Finanzamtes im letzten Jahre 12—17 000 M. Die Kirchensteuer für 1923 würde also 6—8500 M. ausmachen und wird in zwei Raten erhoben. Nach Angabe des statistischen Amtes beträgt im Juni 1923 im Durchschnitt der Lohn für eine Arbeitsstunde 3090 M. für einen gelernten Arbeiter, 2920 M. für einen ungelerten Arbeiter. Die Kirchensteuer für 1923 würde demnach etwa dem heutigen Lohn für zwei Arbeitsstunden entsprechen.  
Die Einkommensteuer eines Beamten nach Klasse III und IV betrug im letzten Jahre 12 bis 17 000 M., nach Klasse VII: 23 000 M., nach Klasse X: 32 000 M. (bei mittlerem Gehalt), die Kirchensteuer für 1923 würde demnach betragen für Klasse III und IV: 6—5500 M., für Klasse VII: 11 500 M., für Klasse X: 16 000 M. bei einem Jahresgehalt (berechnet nach dem Gehalt von Juni 1923 für einen verheirateten Beamten mit 2 Kindern) von 3 818 400 M. in Klasse III und IV, von 11 724 000 M. in Klasse VII und von 15 655 200 M. in Klasse X. Es würde demnach die Kirchensteuer etwa ein Zehntel des Jahres Einkommens ausmachen.  
(8153)

### Ueber die Auszahlung der Feuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

für den Monat Juli sind seitens des Reichsarbeitsministeriums bisher noch keine Bestimmungen getroffen. Das Wohlfahrtsamt ist daher nicht in der Lage, mit der Auszahlung der Feuerungszuschüsse wie bisher schon am 20. d. Mts. zu beginnen. Der Zeitpunkt der Auszahlung wird sobald als möglich bekannt gegeben werden.  
Lübeck, den 18. Juni 1923. (8127)  
Das Wohlfahrtsamt.

### Nichtamtlicher Teil

Für 2 Monate altes Mädchen Pflege gesucht a. l. Lande. Ang. unt. A 945 an die Exp. (8154)

Kinderwagen z. verk. 3138) Obertrave 21/8

Für Kleiderstranf, Küchenschrank, Nachen, Labencost zu verkaufen. 3152) Zahntr. 1.

Glude mit 12 Räden zu verkaufen. (8149) Feldstr. 10, II.

5 Schwarz-Loth-Ranin zu verkaufen. (8148) Ludwigstraße 67, II, 1

Jünger, schöner, brauner Dobermann (Hündin) zu verkaufen. 3144) Altendorferstr. 31, I.

Jg. Ehepaar (Handw.) sucht Bekanntschaft zw. gel. Berlehr. Ang. u. A 944 an die Exp. d. Bl. (8147)

**Rheumatisms-Kranke!**  
Bei schlechtem Wetter ist **Rheuma 37** ihr Retter. Zu haben in den Apotheken. (8135)

**Arbeiter-Liederbuch**  
für Massengesang!  
Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 45. (8133)

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.  
Die Genossen werden ersucht, ihren Geschäftsanteil, der gemäß Hauptversammlungsbeschluß auf 20 000 M. erhöht worden ist, mit Bescheinigung einzuzahlen.  
3139) Der Vorstand.

**Leder**  
Lederabschnitt Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten  
Alle Schuhmacher-Artikel  
C. Grimm Nachf., Lederhandlung und Schäftefabrik. (8130)

**+ Magerkeit +**  
Schöne volle Körperformen durch unser „Rega“ Kraftpulver  
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unerschütterlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankbriefe. Preis Karton mit Gebr.-Anw. M. 2500. Porto extra.  
Alleinige Niederlage:  
Adler-Apotheke, Lübeck, Ob. Mengstr. 10 8132

**Steppdecken**  
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann Breitestr. 31. Fernsp. 3659 (8063)

### Höchste Belohnung

sowie diskrete Behandlung der Angelegenheit des mir in der Nacht zum Sonntag abhanden gekommenen wechsellierten Brennaborrades mit Laterne, Luftpumpe und Satteldecke wird demjenigen zugesichert, der mir vorbenannte Gegenstände wieder herbeigeführt. Die Schuldigen sind beobachtet und erkannt.  
Mittag, Kronsförder Allee 25. (8143)

**Alt-Eisen, alte Maschinen**  
Duf- u. Schmiedeisen, Späne, Schmelz-Gußbruch.  
**Alt-Metalle,**  
Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniol, Späne  
Felle, Tierhaare, Papier usw. Kaufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Abzugsquelle für Handwerker, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe.  
**L. Lissianski, Obertrave 19.**  
Kanalstr. 21  
Großhandel, Fernsp. 876. Kleinhandel. (8118)

**61 Glodengießerstraße 61**  
die beste Abzugsquelle für  
**Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Alten usw.**  
Günstig für Schlosser, Klempner u. Schmiede.  
Fernruf 2751. **Erdmann, 2751.**

**Ruder-Regatta**  
Sonntag, den 23. Juni und Sonntag, den 24. Juni.  
Vorverkauf beim Sportschau-Gasman, 3146) Breite Straße 88.  
**Lübeker Regatta-Verein.**

**Lübeker Mandolinen-Klub 1911.**  
Sonabend, 23. Juni 1923, im „Konzerthaus Flora“:  
**Konzert. — Ball.**  
Anfang 7 Uhr. (8151)  
Einkitt 1000 Mark einschl. Steuer.

### Kommunistische Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Ortsgruppe Lübeck.  
**Heute Mittwoch, 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus**  
**Große öffentliche Volksversammlung.**  
Tagesordnung:  
**Gegen die Abtreibungsschmach**  
§§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches.  
Referentin: Genossin Düwoll-Berlin  
Freie Aussprache.  
Frauen und Männer des werktätigen Volkes erscheint in Massen.  
Die Staatsanwälte, Richter, Ärzte und Hebammen Lübecks werden hierdurch besonders eingeladen. (8145)  
Zur Deckung der Unkosten 200 Mark. Erwerbslose frei.  
**Adlershorst Ball** Jeden (8128) Donnerstag

**Restaur. \* Cafés \* Vergnüg.**  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
**Fledermaus**  
Vorstellung und Tanz.  
1. Stock: Sehenst. Bar.  
Stimmung \* Humor.

**„OPERA“**  
KÜNSTLERSPIELE  
ABENDS 8 1/2 UHR.

**Zillerthal**  
Hinter St. Petri 6 bei der Post  
Sensibel. Aufenthalt. Singschulungszerte.

**Gewerkschaftshaus**  
Johannisstraße 50/52

**Café Viktoria**  
Mühlenbrücke 1  
Täglich Konzert

**Bodega-Weinstuben**  
Ink. H. Giesenberg + Fleischhauerstr. 14  
in unbekannter Gasse.

**Reichens Traeksdorf**  
Lübeck'scher Musikverein.

**Geertz Hotel, Schwartau**  
Hessbusch. Jed. Sonnt. Konzert.

**„TROCADERO“**  
Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4  
Täglich: **Stimmungs-Konzerte.**

**Schweizerhaus, Israelsdorfer Allee**  
Fernsprecher 2394  
Restaurant, Konditorei und Café  
Angenehmer Familienaufenthalt.

**Geschäftliche Rundschau**  
und  
**Zeitung-Dauer-Fahrplan**  
Musterschutz  
**Abfahrt der Züge von Lübeck nach**  
Hamburg: 556, 740, 747, 943 D, 1103, 126, 344, 417, 718, 722, 820 D, 930 S, 935.  
Travemünde-Mendorf: 527, 800, 900 S, 947, 207, 418, 658, 925.  
Eutin: 714, S 942, 1208, 200, 725. — nur im Juli und August.  
Büchen: 500, 800, 130, 600. — **Segeberg:** 130 Werkf., 210 Sonnt., 730.  
Kleina: 715, 926 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Masterschuh.)

**Stadthallen-Restaurant und weißer Saal**  
Sonntags: im vorderen Raum: **Konzert**, im weißen Saal: **vornehmes Kränzchen.**  
Mittwochs: Familienabend mit Tanz. **CORT HANSCHEN.**  
NB. Halbe meine Lokalitäten für Gesellschaften und Festlichkeiten bestens empfohlen.

**Kammerlichtspiele**  
Königstraße 25  
Jeden Freitag hochinteressantes neues Programm

**Alexander Krock :: Königstraße Nr. 47**  
Spezialgeschäft in  
Lederwaren, Reisekoffern, Reise- und Damenzutaten in reicher Auswahl.

**Sporthaus Paul Gassmann**  
Telephon 2171 LUBECK, Breite Straße 83 Telephon 2171  
**Loden-Bekleidung**  
Vollständige Wander- und Sport-Ausrüstungen in sachgemäßer Ausführung, in erprobt bewährten Qualitäten.

**Julius Stammer**  
Konditorei — Kaffee  
Lindenstraße 15.

**Lindenhof** Näheres im Inseratenteil  
Café Köpff  
Vornehmstes Familien-Café  
Lübeck, Breite Str. 89.

Spezialgeschäft für Schutzzeug und Bekleidung  
**Otto Schröder**  
Balauerstraße 17.

Nur gute Schuhe  
**Schuhwarenhaus Auguste Popp**  
sind billig!

**Schuhwarenhaus von Ludwig Krell, Königstr. 44**  
Lager in Arbeitersiefeln :: Feinste Maßanfertigung  
Reparaturen, Leder-Ausschnitt.

Biete alle Arten  
**Schuhwaren**  
zu billigen Preisen an, da kleinen Laden und wenig Unkosten.  
**F. Lucht,**  
Hüxstraße 59.

53 Aegidienstraße 53  
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten  
Garderobe, Pelzwerk usw.  
53 Aegidienstraße 53

**79 Fischergrube (Börse)**  
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten  
Garderobe, Seemannsartikel, Pelzwerk  
**79**  
Börse Fischergrube

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 20. Juni.

### Sonnenwende.

Die Fadeln sind, die Feuer angezündet  
Und in den Tälern fließt die Nacht.  
Die Berge stehen in ihr fest begründet,  
Und nur der Glanz der höchsten Gipfel bindet  
Ein Widerschein, der Sonne Pracht.

Begrüßt den zarten Schein nach alter Weise,  
Nach alter Sitte, hergebrachtem Brauch.  
Oh! sich die feuerroten Sonnenreise  
Am Morgen rüsten zu der kieseligen Reise,  
Bereit den Höchsten als den Schönsten auch.

Seht in das Feuer, wie sein Flammenleben  
Mit Glut und Brand das Tote fröhlich.  
Wie seine ungezählten Taten strecken  
Sich in der Nacht gewölbtes Sternensieben,  
Ob es den Kreis nicht auch begrüßt.

Begrüßt ihn alle gleich dem Feuer  
Und Hilft das Alte flammengleichlich.  
Verbrennt in euch des Land's gefüllte Scheuer  
Und zählt dem Neuen als die erste Steuer  
Das Rollen um das neue Reich.

Karl Diebischer.

**Milchverbilligungaktion der Lübecker Landwirtschaft.** In einer Versammlung von Landwirten, die Dienstag nachmittag in den Drei Ringen in der Hanfschraube stattfand, wurde nach dem Gen. Anz. einstimmig beschlossen, zum Besten der milderbemittelten Klassen, besonders für Kinder, Kranke und alte Leute, eine große Milchverbilligungaktion, vorerst für die Monate Juli und August, ins Werk zu setzen. Die Ausführung soll die Landwirtschaftskammer Lübeck in die Hand nehmen.

**Geschworenen-Auslosung.** Für die am 2. Juli 1923 beginnenden Schwurgerichtsverhandlungen wurden folgende Personen zu Geschworenen ausgelost: Bädermeister Heinrich Deuschmann, Witwe Louise Coers, Schlachtermeister Paul Fröhlich, Güterbodenarbeiter Adolf Buhk, Löttermeister Robert Giehl, Kaufmann Karl Derksen, Direktor Albert Nisch, Handlungsgehilfe Hans Wille, Rektor Karl Drews, Musiklehrer Ernst Bock, Oberlehrer Fritz Abel, Metallarbeiter Max Denckhoff, Kaufmann Heinrich Spille, Frau Dr. Marie Bock, Buchhändler Friedrich Misfeld, Hauptmann Fritz Köstermann, Lecker Heinrich Tedenburg, sämtlich in Lübeck, Fabrikant Heinrich Jacobs in Ahrensbök, Landmann Ferdinand Schiller in Flörsdorf, Fiskusmeister Wilhelm Johannsen in Travemünde, Landmann Heinrich Götz in Wöbbs, Bahnarbeiter Bolter in Bujendorf, Sparsparrendirektor Egebert Coers in Gutlin, Kaufmann Ernst Haack in Gutlin, Privatmann Eduard Röhr, Bad Schwartau, Gemeindevorsteher Friedrich Rahl in Kurau, Hüfner Ewald Höppler in Krumbek, Landmann Heinrich Schrader in Teutendorf, Arbeiter Johann Höppler in Oberwohldede, Hüfner Karl Böhmker in Wöbbs.

**Der Arbeitsmarkt im Mai.** Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Mai war im allgemeinen wesentlich besser als im Vormonat. In der Landwirtschaft nahm allerdings die Vermittlungsmöglichkeit etwas ab. In der Metallindustrie trat keine besonders beachtenswerte Veränderung ein. Das Baugewerbe und das Holzgewerbe dagegen haben eine erhebliche Besserung erfahren. Schlecht schnitten die Nahrungsmittelindustrie und das Handlungsgewerbe ab. Für ungelernete Arbeiter bessere sich die Lage etwas. Der weibliche Arbeitsmarkt war etwas günstiger, als im April. Leider war es nicht möglich einen Bruchteil der offenen Stellen für weibliche Hausangestellte zu besetzen.

**Eine neue 10 000-Mark-Reichsbanknote.** In den nächsten Tagen wird eine dritte Ausgabe der Reichsbanknoten zu 10 000 Mark in den Verkehr gebracht werden. Die Noten sind 100 x 180 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt, das bei der Durchsicht ein über die ganze Fläche laufendes Wasserzeichen (Wierpapiermuster) zeigt. Auf der Vorderseite befindet sich links ein etwa 45 Millimeter breiter, nur mit einem länglichen, olivgrünen Linienmuster belegter Schaftband. Das Druckbild der Vorderseite wird durch einen hässlichen Ziertrand in drei Felder aufgeteilt.

**Die Auszahlung der Feuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für den Monat Juli kann am 20. d. M. noch nicht beginnen, da der Reichsarbeitsminister bisher noch keine entsprechende Anordnung getroffen hat.** (Siehe amtliche Bekanntmachung.)

**Die durchschnittlichen Feuerungszahlen aus den einzelnen Städten liegen jetzt vom Mai vor.** Sie geben den Betrag in Mark an, der für die bekannte Familie von fünf Köpfen für einen nach Menge und Art bestimmten Kreis wichtiger Lebensbedürfnisse in vier Wochen aufzuwenden war, und betragen für Berlin 310 130, Hamburg 351 285, Köln 354 762, Leipzig 290 758, München 318 043, Dresden 303 303, Breslau 289 612, Eisen 357 323, Frankfurt a. M. 335 484, Nürnberg 299 863, Stuttgart 314 659, Chemnitz 305 025, Dortmund 329 830, Magdeburg 283 873, Königsberg i. Pr. 321 841, Bremen 344 019, Steinhilber 300 625, Mannheim, 360 558, Kiel 331 004, Augsburg 324 455, 324 455, München 408 870, Braunschweig 288 476, Karlsruhe 359 151, Erfurt 291 606, Krefeld 352 105, Lübeck 323 172, Hagen i. W. 390 798, Ludwigshafen 391 448, Darmstadt 329 792, Gera 290 856, Gleiwitz 294 877, Frankfurt a. O. 273 354, Dessau 274 258, Koblenz 393 599, Solingen 374 349, Halberstadt 260 953, Schwelm 300 117, Oldenburg 317 108, Worms 352 535, Heilbronn 332 592, Göttingen 290 234, Eisenach 305 851, Stolp i. P. 282 553, Weimar 283 196, Wadenburg 267 050, Herford 315 573, Barmen 283 004, Weipenfelds 276 435, Gießen 332 425, usw.

**Gesetzlicher Schutz für nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen.** Das Nachrichtenamt schreibt uns: Im Reichsstrafgesetzbuch ist als § 107a eine Bestimmung eingefügt worden, nach der mit Gefängnis neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft wird, wer nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sperrt. Ebenso wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, wer in nichtverbotenen Versammlungen oder bei nichtverbotenen Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttätigkeiten in der Absicht begeht, die Versammlung, den Aufzug oder die Kundgebung zu sprengen.

**Von der deutschen Schiffahrt.** Der Dampfer „Columbus“ des Norddeutschen Lloyd wird voraussichtlich am 11. September d. J. seine 1. Reise von Bremen nach Neuport antreten. Columbus ist eine Schiffschiff des vor einiger Zeit an die Deutsche

Eine abgelieferte, jetzt unter dem Namen „Homeric“ fahrende Dampfer von der Werft von J. Schöbau in Danzig und Elbing erbaut worden. Das Schiff ist mit seinen 32 000 Br.-Reg.-T. Raumgehalt zurzeit das größte der deutschen Handelsflotte. Es hat eine Länge von rund 236 Meter, die größte Breite beträgt 25,3 Meter, das ist mehr als das Doppelte der normalen Verkehrs- und Handelsflotten. Soll beladen hat der Dampfer einen Tiefgang von rund 10 Meter und bei diesem Tiefgang eine Wasserverdrängung von rund 30 000 Tonnen zu 1000 T. und damit eine Tragfähigkeit von 10 000 Tonnen, die sich aus den 6000 Tonnen Heizöl für die Kessel, 2000 Tonnen für Trink-, Wasch- und Kesselspeisewasser und 2000 T. Ladung, Post, Besatzung, Frachtgüter, Proviant zusammenzieht. Das Schiff ist für die Beförderung von 513 Fahrgästen 1. Klasse, 574 Fahrgästen 2. Klasse und 705 Fahrgästen 3. Klasse, im ganzen für 1792 Fahrgästen eingerichtet. Die Besatzung setzt sich aus 733 Personen zusammen, so daß bei vollbesetztem Schiffe im ganzen 2525 Personen an Bord sind. Die Einrichtung des Dampfers „Columbus“ werden nach künstlerischen Entwürfen des Architekts des Norddeutschen Lloyd, Prof. P. L. Troost in München, von ersten deutschen Ausstattungsfirmen ausgeführt.

**Für Auswanderungslustige** ist wohl die Mitteilung von Interesse, daß vorläufig keine Aussicht besteht, daß die scharfen Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten gemildert werden. Auf der vor kurzem stattgefundenen Jahresversammlung der Vereinigten Handelskammern der Nordamerikanischen Union teilte der Vorsitzende der Einwanderungskommission des Kongresses, Mr. Johnson, mit, daß eine Milderung der Einschränkungen der Einwanderung fremder Bevölkerungselemente nicht stattfinden werde. Die seit 2 Jahren bestehenden Beschränkungen sind ab 1. Juli auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Aber Präsident Harding würde, trotz zahlreicher gegenteiliger Bemühungen, seinen Standpunkt für die Einschränkungen beibehalten. Johnson fügte hinzu: „Es hat 40 Jahre gedauert, bis ein Präsident gefunden wurde, der ein Gesetz zur Einschränkung der Einwanderung unterzeichnet; Harding tat es im Hinblick auf die Zukunft des Landes. Mit der uneingeschränkten Einwanderung in die Vereinigten Staaten ist es für alle Zeit vorbei. Wir sind nicht länger das Ziel der Auswanderungslustigen der ganzen Welt. Unser Komitee ist der Ansicht, daß 2 Prozent der nach dem Zensus von 1890 im Lande befindlichen Angehörigen der fremden Nationen als Einwanderungsquote ausreicht. Es ist bereit, noch ein weiteres Prozent dazu zu bewilligen, so daß also 3 Prozent des Zensus von 1890 die künftige Höchstquote bestimmt.“ — Einwanderungslustige nach den Vereinigten Staaten mögen also ihre Hoffnungen etwas herabschrauben.

**St.-Annen-Museum.** Vom 19. bis 23. Juni sind in der Vorkasse des St.-Annen-Museums die Entwürfe des Wettbewerbs ausgestellt, den die Lübecka-Werke in Lübeck unter Hiesigen und Hamburger Künstlern ausgeschrieben haben zur Erlangung eines Platates, das auf die Vorzüge ihrer Weißblechreklamaplatate hinweisen soll. Aufgefordert waren folgende Künstler: Heino Käde, Lemus Jessen, Alfred Mahlau aus Lübeck, Ottomar Actor, Paul Ebbauer, Eduard Rajpar, Rolf Keller, Fred Hendrick, Franz Maruhn aus Hamburg. Das Preisgericht, dem außer den Direktoren der Lübeckwerke Professor Giesche und Bauat Koffler als künstlerische Berater und Victor Singer-Hamburg als künstlerischer Reklamerevisor angehören, hat einen Entwurf von dem Maler und Graphiker Franz Maruhn preisgekrönt und Entwürfe von Lemus Jessen und Alfred Mahlau-Lübeck und Rolf Keller-Hamburg zum Verkauf empfohlen.

**Badeanstalt Falkendamm.** Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 15 Grad, die Luftwärme 16 Grad.

### Erhöhte Eisenbahntarife.

Der Reichseisenbahnrat hat am Dienstag vormittag beschlossen, vom 1. Juli ab die Fahrpreise auf den Reichsbahnen in der dritten und vierten Klasse um 20 Prozent, in der ersten und zweiten Klasse um 80 Prozent zu erhöhen. Die Gütertarife werden um 250 Prozent erhöht werden.

### Dreifache Postgebühren.

Der Postauskunft des Reichstages hat die neuen, am 1. Juli in Kraft tretenden Postgebühren genehmigt. Die Fortsätze für Briefe werden einheitlich verdreifacht. Der niedrige Gebührensatz für Ansichtskarten mit Grüßen wurde beseitigt. Der Zustandsbrief kostet 800 Mark, die Karte 480 M. Die Grundgebühr für Ferntelegramme beträgt 400 M., die Wortgebühr 200 M. Für Orts- und Pressetelegramme gelten die halben Sätze. Der Fernsprechsatz für die Fernsprechsätze wurde auf 14 900 Prozent erhöht. Angenommen wurde eine Ent-

schließung, in der die Regierung erucht wird, bei künftigen Erhöhungen auf die Not der Presse und den Wert des Nachrichtendienstes Rücksicht zu nehmen.

### Direktor v. Bongardt übernimmt die Leitung des St. Gallener Stadttheaters.

Der bisherige erfolgreiche Leiter des Lübecker Stadttheaters, Herr v. Bongardt, hat die Theaterbehörde gebeten, sein Vertragsverhältnis, das ihn noch für die Spielzeit 1923/24 an andere Lübecker Bühnen bindet, zu lösen, um einem Rufe an das von ihm früher bereits geführte St. Gallener Stadttheater folgen zu können, das ihm in jeder Beziehung außerordentlich günstige Bedingungen zu bieten vermag. Die Theaterbehörde hat beschlossen, in Rücksicht hierauf dem Ersuchen zu entsprechen, wenngleich sie kein Scheiden aus seinem Wirkungskreis sehr bedauert. Von Herrn v. Bongardt sind die Vorbereitungen für die im August beginnende Spielzeit im wesentlichen getroffen; er wird voraussichtlich noch bis zum Anfang September hier wirken können. Der v. Bongardts Nachfolger wird, steht vorläufig noch dahin. Es wird schwer fallen, für ihn einen vollwertigen Ersatz zu finden, wenn es auch an Bewerbern mit und ohne Protektion nicht fehlen dürfte. X

### Die Abstimmung der Werftarbeiter

über das Ergebnis der Lohnverhandlungen vom Donnerstag, dem 14. Juni, welches durchweg eine Erhöhung der Löhne um 60 Prozent vorsch, ist wie folgt:

	Für	Gegen	Ungültig
Bremen	1606	2493	27
Bremerhaven	487	530	—
Nordensham	298	194	43
Emden	85	317	2
Flensburg	620	381	15
Hamburg	754	4219	18
Kiel	1412	4633	15
Lübeck	342	1206	34
Osterholz	53	104	12
Rostock	260	634	17
Stettin	2988	2612	99
Kendzburg	15	213	3
Tönning	24	97	15
Begeked	198	1182	13
Wilhelmshaven	—	—	—
Gewerksverein S.-D.	933	1826	—
	10077	20641	313

Da für diese Abstimmung, weil freies Verhandlungsergebnis, nur die einfache Majorität notwendig war, ist das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist beim Reichsarbeitsministerium die sofortige Einsetzung eines Sonderarbeitsausschusses beantragt worden.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Achtung!** Die Vereinigung „Republik“ in Mölln ruft zum Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, zu einer großen Demonstration auf. Es gilt zu demonstrieren gegen Patentzweiger und sonstige Organisationen, die jeden Sonntag in der Umgegend von Mölln Felddienstabteilungen abhalten. Republikaner, Arbeiterjugend und Arbeiterportier! Auf nach Mölln am Sonntag. Keiner darf fehlen.

**Sozialdemokratischer Verein.** District 10, Freitag, den 22. Juni, abends 8 Uhr: Frauenversammlung in der 6. St.-Lorenz-Schule, Wilhelmshöhe. Genosse Otto Friedrich spricht über „Sozialismus und Religion“. Die Genossinnen werden erucht, zahlreich mit ihren Angehörigen zu erscheinen. L. Maack, Distriktsführer.

**Achtung, SPD.** Am Sonntag, dem 24. Juni findet ein Ausflug nach Mölln statt. Abfahrt 1,30 Uhr vom Bahnhof. Zahlreiche Beteiligung der Genossen mit ihren Frauen wird eruchtet. Parteizubehör oder schwarz-rot-goldene Schleifen sind anzulegen. Der Vorstand.

**Sozialdemokratische Frauen.** Donnerstag abends 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftsbaus. Genosse R. Löwig spricht über „Die Not der Zeit“. Zahlreiches Erscheinen eruchtet. L. Jaedstedt.

**Einen Bildervortrag über Sexualforschung und die Wunder des Geschlechts** in bezug auf die Vorausbestimmung des Geschlechts, Ambe oder Mädchen nach Wunsch und Wahl der Eltern, hält der Sexualforscher Oskar Kirchner im Marmoraal am Freitag, dem 22. Juni, abends.

## Die Neuregelung des Mieterschutzes.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben:  
Nach langen Beratungen ist nunmehr das Gesetz über Mieterschutz und Mietverhältnisse vom Reichstag verabschiedet worden. Man wird dem Gesetz nur gerecht werden können, wenn man leidenschaftslos aus dem Gesichtswinkel des allgemeinen Interesses an seine Würdigung herangeht. Die Aussicht auf eine wirksame Behebung der Wohnungsnot ist heute in weitere Ferne denn je gerückt. Bei der trostlosen Lage des Baumarktes, die für eine absehbare Zukunft die Deckung selbst des dringendsten Bedarfs an Wohnungen erschwerlich in Frage stellt, ist die Schaffung eines neuen, für Mieter wie für Vermieter in gleichem Maße leidlich tragbaren Wohnungsnotrechtes die unabweisliche Forderung der Stunde. Auch wer grundsätzlich jeglicher Zwangswirtschaftslehre abhold ist, wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß unter den heutigen Verhältnissen die Entwicklung des Wohnungsmarktes dem freien Spiel der Kräfte unmöglich überlassen werden darf, und daß versucht werden muß, einen sozialen Kostensatz zu mildern, der bei weiterer Verschärfung eine föhliche Gefahrenquelle bilden und innere Verwilderungen von nicht zu überschender Tragweite verursachen würde. Die oft hart aufeinanderstößenden privatwirtschaftlichen Interessen der Vermieter und Mieter, ihre Bedenken und Einwände gegen eine zentrale Regelung dieser Frage, mögen sie an sich noch so schwerwiegend sein, müssen angesichts der katastrophalen Lage unserer Volkswirtschaft im allgemeinen und unserer Wohnungswirtschaft im besonderen zurücktreten. Das neue Mieterschutzgesetz, das nachstehend in seinen wichtigsten Bestimmungen kurz erläutert werden soll, verknüpft den Interessen der Vermieter und Mieter vor allem durch eine eingehende Neuregelung des Verfahrens vor den Mietvermittlungsämtern Rechnung zu tragen und eine feste Rechtsgrundlage zu schaffen, deren Fehlen bisher der Lösung mancher Streitfragen auf dem Gebiete des Mieterschutzes hindernd im Wege stand.

### Die neue Regelung.

Ein Mietvertrag, der abläuft, verlängert sich auf Grund des neuen Gesetzes ohne weiteres, falls nicht etwa der Mieter selbst mit der Beendigung einverstanden ist und einerseits den Miet-

vertrag ausdrücklich gekündigt hat. Eine Kündigung des Vermieters ist überhaupt nicht mehr zulässig. Will der Vermieter ein Mietverhältnis beenden, so muß er eine Aufhebungsanzeige bei dem Amtsgericht erheben. Diese Anzeige war dem bisherigen Recht unbekannt, sie ist nur aus wenigem im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen zulässig. Das bisher geübte Kündigungs- und Räumungsverfahren ist auf diese Weise vereinfacht worden.

### Wann ist die Aufhebung eines Mietverhältnisses begründet?

Die Aufhebung eines Mietverhältnisses wird nur aus folgenden Gründen zugelassen:  
1. Wenn der Mieter oder ein Angehöriger seines Hausstandes oder Geschäftsbetriebes den Vermieter oder einen Hausbewohner erheblich belästigt. Ferner, wenn der Mieter oder ein Angehöriger seines Hausstandes oder Geschäftsbetriebes den gemieteten Raum oder das Haus durch unangemessenen Gebrauch erheblich gefährdet oder wenn der Mieter unbefugt einem Dritten den Mietraum überläßt. In den bisher angeführten Aufhebungsgründen muß jedoch der Vermieter den Mieter zunächst abmahnen, und die Aufhebung ist nur zulässig, wenn der Mieter eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen. Die besondere Abmahnung ist nicht erforderlich, wenn das Verhalten des Mieters oder seines Angehörigen den Vermieter oder einen Angehörigen des Hausstandes oder Geschäftsbetriebes nicht zugemutet werden kann. Der Vermieter muß die Anzeige binnen sechs Monaten nach Kenntnis des Aufhebungsgrundes erheben. Er darf sie nicht mehr erheben, wenn seit dem Entstehen des Aufhebungsgrundes ein Jahr verstrichen ist.  
2. Die Aufhebung ist ferner zugelassen, wenn der Mieter seine Miete nicht zahlt, jedoch nur, wenn der Mieter bei monatlicher Miete mit der Miete für zwei Monate, bei Vierteljahresmiete mit der Miete für ein Vierteljahr im Rückstand ist. Also auch, wenn der Mieter nur einen Teil der Miete, z. B. etwa nur 1/4 der Miete bezahlt hat, kann die Anzeige erhoben werden, wenn die rückständigen Beträge die angeführten Summen erreichen. In die Vierteljahresmiete, wie dies die Regel ist, bei Beginn des Viertel-

... zu zahlen und hat der Mieter sich nicht gezahlt, so darf die Aufhebungsfrage erst nach Ablauf von vier Monaten erhoben werden. Der Mieter hat das Recht, dem Vermieter auch nach während des Prozesses die rückständige Miete zu zahlen. Geschieht dies, so ist die Aufhebung des Mietvertrages nicht zulässig, doch hat der Mieter die Prozesskosten zu zahlen. Der Räumungsanspruch des Vermieters aus dem Zahlungsverzug des Mieters ist also zugunsten des Mieters erheblich beschränkt worden.

3. Die Aufhebung wird ferner zugelassen, wenn dies besondere Interessen des Vermieters erfordern. Das Gesetz bestimmt, daß der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen kann, wenn für ihn aus besonderen Gründen ein so dringendes Interesse an der Erlangung des Mietraumes besteht, daß auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters die Verrenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Es sind also die beiderseitigen Interessen von Vermieter und Mieter gegeneinander abzuwägen, und das Gericht hat nach Billigkeit zu entscheiden. Die Billigkeit des Vermieters, die Räume selbst in Gebrauch zu nehmen oder sie Angehörigen zu überlassen, soll jedoch allein die Aufhebung nicht rechtfertigen. Hierdurch soll verhindert werden, daß sich jemand lediglich durch den Ankauf eines Hauses den Besitz einer Wohnung verschafft. Hat der Mieter in dem Mietraum bauliche, mit einem erheblichen Kostenaufwande verbundene Arbeiten vornehmen lassen, so soll dies zu seinen Gunsten berücksichtigt werden.

Das Gericht kann, wenn die Klage auf den oben angeführten Grund gestützt ist, das Mietverhältnis auch lediglich für einen Teil der gemieteten Räume aufheben. Wird das Mietverhältnis wegen eines überwiegenden Interesses des Vermieters aufgehoben, so kann das Gericht auf Antrag des Mieters den Vermieter verpflichten, dem Mieter die für den Umzug innerhalb des Gemeindebezirks erforderlichen Kosten ganz oder teilweise zu ersetzen, wenn dies nach Lage der Sache, insbesondere nach dem Vermögens- und Erwerbsverhältnis der Parteien, der Billigkeit entspricht. Dem wohlhabenden Mieter soll also gegenüber einem in weniger günstiger Vermögenslage befindlichen Vermieter ein Erstattungsanspruch nicht zustehen.

#### Das Untermieterverhältnis.

Erlaubt ist die Aufhebung eines Untermieterverhältnisses, also z. B. eines Mietvertrages über ein möbliertes Zimmer. Hier muß allerdings der Vermieter auch eine Aufhebungsfrage bei dem Gericht einreichen, es genügt also nicht mehr, wenn er kündigt. Die Kündigung ist ohne Bedeutung. Die Aufhebung hat jedoch bereits zu erfolgen, wenn der Vermieter ein begründetes Interesse an der Erlangung des Raumes hat, insbesondere wenn er den Raum für sich selbst braucht. Sind Zimmer an Personen mit eigener Wirtschaft oder Haushaltung vermietet, z. B. also möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung an ein Ehepaar, so müssen

die gleichen Voraussetzungen für die Aufhebung gegeben sein, wie bei einem Hauptmietverhältnis, ein begründetes Interesse des Vermieters allein genügt nicht. Das Gesetz hat hier darauf Rücksicht genommen, daß bei der zeitigen Wohnungsnot zahlreiche Ehepaare, vor allem Jungverheiratete, oft darauf angewiesen sind, jahrelang in möblierten Zimmern zu leben und eine eigene Wirtschaft zu führen.

#### Schutz in der Zwangsvollstreckung.

Das Gesetz sieht weiter einen besonderen Schutz des Mieters in der Zwangsvollstreckung vor. Ist das Mietverhältnis lediglich deshalb aufgehoben, weil der Vermieter ein besonderes Interesse an der Wiedererlangung des Mietraumes hatte, so darf der Mieter aus den gemieteten Räumen zwangsweise nur entfernt werden, wenn für ihn ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- oder Gesundheitsbedürfnisse angemessener Ersatzraum gesichert ist. Erfolgt die Aufhebung aus einem der anderen obenangeführten Gründe, so soll regelmäßig die zwangsmäßige Räumung ohne weiteres erfolgen dürfen. Das Gericht kann jedoch auch in solchen Fällen anordnen, daß die Vollstreckung erst nach Sicherung eines anderweitigen ausreichenden Unterkommens erfolgen darf.

Ist die Zwangsvollstreckung von der Bereitstellung eines Ersatzraumes abhängig gemacht, so hat die Gemeindebehörde (das Wohnungsamt) dem zurzeitigen Mieter einen Ersatzraum beschleunigt zuzuwiesen. Sämt der Mieter den Ersatzraum nicht für ausreichend, so kann er beim Mietminderungsamt Einwendungen erheben. Das Mietminderungsamt entscheidet dann endgültig darüber, ob der Ersatzraum als ausreichend anzusehen ist.

#### Das Verfahren bei der Aufhebungsfrage.

Die Aufhebungsfrage ist bei dem Amtsgericht zu erheben. Eine Mitwirkung des Mietminderungsamtes findet also, da auch eine Kündigung des Mietvertrages durch den Vermieter nicht mehr erforderlich und auch nicht mehr zulässig ist, nicht statt. Der Vermieter kann ohne weiteres die Aufhebungsfrage erheben.

Das Amtsgericht entscheidet unter Hinzuziehung von Beisitzern die zur Hälfte Vermieter aus den Kreisen der Hausbesitzer, zur Hälfte Mieter sein müssen. Hier wird erstmalig das Laienelement in das zivilrechtliche Verfahren bei den Amtsgerichten eingeführt. Ihre Bestellung erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten, die von örtlichen Hausbesitzer- und Mietervereinen zu erfordern sind, auf die Dauer von mindestens 1 Jahr. Die Beisitzer erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung. Für die Auswahl der Beisitzer darf nur maßgebend sein, daß von ihnen eine gewissenhafte und unparteiische Ausübung des Amtes zu erwarten ist. Nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsarten oder Berufsgruppenkreisen darf ein Unterschied nicht gemacht werden. Im übrigen finden auch die Beisitzer gewisse für Schöffen geltende Vorschriften Anwendung, vor allem sind die Beisitzer in bestimmter Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen. (Schluß folgt.)

hätte bei mittlerer Ernte rund 100 Zentner Korn erbracht. Geld umgerechnet nach heutigen Preisen etwa 12-13 Millionen Mark. Beim Anbau mit Kartoffeln hätten sich die Zahlen auf etwa 600 Zentner und 17-18 Millionen Mark erhöht. Gebiete diese Zahlen nicht zu denken? Noch ein kleines Rechenexempel: Wäre dieses Land, wenn auch nur zur vorläufigen Bewirtschaftung der Strafanstalt Lauerhof (in deren Bereich liegen die Plätze die bekanntlich über billige Arbeitskräfte verfügt, zugewiesen worden, dann hätte das sicher nicht kleine Defizit dieses Justizvollzugsamtes weniger aufgewiesen. Den Steuerzahlern werden diese Eröffnungen nicht gerade viel Freude machen. Angenommen, der gute Wille wäre da gewesen, wirklich Spielplätze zu schaffen, so soll das anerkannt werden. Kann aber der Wille nicht in die Tat umgesetzt werden, so soll man von solchen Experimenten absehen, denn den Schaden trägt die hungernde Bevölkerung und letzten Endes auch der Staat! Eins muß demnach geschehen: Entweder es werden nun wirklich Spielplätze angelegt, oder das Land wird zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung freigegeben. Letzteres möchte ich, wenn ich an die große Not der heutigen Bedenke, wünschen. Blante.

### Der ideale Gewerkschaftsangeestellte.

Der Sekretär der Eisenbahn- und Hafenangestellten-Union (Rail and Harbour Servants' Union) in Südafrika war kürzlich heftigen persönlichen Angriffen einiger seiner Mitglieder ausgesetzt. Einer seiner Verteidiger schlug daraufhin vor, zwei Anstellungen eines andern Sekretärs folgendes Gesicht einzurufen:

Gesucht ein Sekretär.  
Zur Neubekleidung obigen Postens wird ein aufrichtiger, mit allen Vorfällen gewählter Mensch gesucht. Er muß auf ein lebenslange Erfahrung auf den Gebieten des Eisenbahnbetriebs zurückblicken können und gleichzeitig ein junger, tatkräftiger Draufgänger sein. Er muß bereit sein, 18 Stunden je Tag zu arbeiten und an allen Sonn- und Feiertagen Versammlungen beizuwohnen. Sein Hauptinteresse muß auf die Erlangung der Achtstundentages für alle Eisenbahner gerichtet sein. Er muß außerordentliche Anlagen zum Volksredner besitzen, ferner genau Kenntnisse der Gesetz wie ein Rechtsanwalt. Ebenso muß er in der Lage sein, alle verwickelten Fragen sofort und schlüssig zu beantworten. Er muß ein ausgeprochenes journalistisches Talent besitzen und zur Herausgabe eines Fachblattes, in dem er alle Zeitungsbehauptungen und Korrespondenzen widerlegen soll, befähigt sein. Hierbei muß er darauf bedacht sein, die Mitglieder der Union zufriedenzustellen und den Arbeitgebern zu gefallen. Er muß gewärtig sein, ausgenutzt, verleumdet und belogen zu werden, ohne daß er erwidern oder die erhaltenen Liebesbriefe zurückgeben dürfte. Gleichzeitig muß er sich die Mühe aller bis zum letzten Straßenzug zu sichern und zu wahren wissen. Jedem gegen ihn erhobene Klage, komme sie von wem sie wolle und sei sie anonym oder öffentlich, wird als äußerst belastend betrachtet. Bewerber müssen ferner befähigt sein, es bei jeder Streitbewegung dahin zu bringen, daß a) im Falle von Streiks unsere Hühner erlaubt wird, als Führer aufzutreten, b) daß es diesen sog. Führern ermöglicht wird, zu entschließen und zu leugnen, daß sie je einen solchen Standpunkt vertreten haben, c) daß in allen solchen Fällen der Bewerber allen Tadel auf sich nehmen und die ganze verräterische Geschichte vertuschen wird. Das Anfangsgehalt beträgt 10 Pfund monatlich, obgleich die Gewerkschaftsbewegung einen Mann braucht, der 1000 Pfund Sterling pro Jahr wert ist. Bewerber muß wissen, daß seine Fähigkeiten von jedem Mitglied für etwa 2% Schilling den Monat beansprucht werden können.

In dieser Anzeige vermissen wir den Zusatz, daß das, was an Lohn fehlt, reichlich aufgemogelt werden wird durch Mißtrauensresolutionen, "flammende" Proteste und Anklagen, die Sache der Kollegen verraten zu haben.

Die Hausfrau und ihre Wäsche. Selten kann heute eine Mutter ihrer Tochter als Aussteuer einen wohlgefüllten Wäschekorb mitgeben, und seltener können sich unsere Hausfrauen an den schlingelichtenen Hands, Tisch- und Betttüchern erfreuen. Es heißt, mit wenigem haushalten und dies Wenige mit Eifer und Bedacht zu erhalten. Das wichtigste Gebot hierfür ist sachgemäße Behandlung der Wäsche, Grundbedingung hierfür wieder ein gutes Wäschemittel. In nachfolgendem sollen einige Winke gegeben werden, die den Gebrauch des beliebten "Perfil" zur Voraussetzung haben. Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit dieses Wäschemittels ist zum Schaden der Hausfrau immer noch viel zu wenig bekannt. Das Einweichen der Wäsche geschieht abends vorher in einer Bleichsodalauge. Es ist von großer Wichtigkeit und erleichtert durch seine schäumlösende Wirkung die nachfolgende Behandlung ganz wesentlich. Gelöst wird beim Waschen nur die sogenannte Weißwäsche. Man bereitet die Lauge durch Auflösen der entsprechenden Menge Perfil (ohne weiteren Zusatz) in kaltem Wasser, legt die Wäsche hinein und bringt sie unter gelegentlichem Umrühren zum Kochen. Eine Viertelstunde Kochens genügt im allgemeinen vollkommen. Bei diesem Verfahren wird man von dem erzielten Reinigungsgrad überrascht sein. Flecke sind verschwunden, und die Wäsche ist tadelloser sauber. Es bleibt nur noch ein mehrmaliges gründliches Spülen, das zuerst in gut warmem, dann in kaltem Wasser vorgenommen wird. Für das Waschen von Wollstoffen ist Perfil gleichfalls hervorragend geeignet. Die Stücke werden in schwachwarmer Lauge leicht durchgedrückt, nicht gerieben, da dies der Wollfaser abträglich ist. Das Nachspülen geschieht gleichfalls in schwachwarmem Wasser. Wollstoffen dürfen beim Trocknen keiner großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden; am besten trocknet man sie in frischem Wind. Sie bleiben so griffig, weich, laufen nicht ein und behalten ihre Farbe. Gardinen, Schleier usw. befreit man zuerst durch Einweichen in warmer Bleichsodalauge von größtem Schmutz. Darauf folgt aber überbrüht man sie, je nach dem Grade ihrer Festigkeit, mit Persifillauge. Ein Umrühren während des Kochens muß der Empfindlichkeit der Stoffe wegen natürlich vorzüglich gesehen. Gründliches Spülen in warmem und danach in kaltem Wasser beschließt die Säuberung. Kunsstoffene und seidene Tischtücher und -Jalisen erhalten durch vorzügliche Reinigung in abgekochter, leichter, fast kalter Persifillauge ein Aussehen wie neu und bleiben unverändert in Farbe und Form. Das Ausspülen geschieht in vorher abgekochtem, fast kaltem Wasser, dem bei farbigen Stücken etwas Essig zugesetzt wird. Zum Trocknen werden die Stücke, ihrer Form entsprechend auf glatte Tücher gelegt. Bei jeder Kunsstoffene muß die Nachbehandlung möglichst kurz sein. Flanellblusen, Wollchemise und Kaschmirkleider werden in einer leichten, schwachwarmen Persifillauge hin- und hergeschwenkt. Stellen, denen Schmutz anhaftet, drückt man häufiger aus. Die Stücke werden in noch feuchtem Zustande gepflegt. Die gleiche Behandlung erfahren Musselinkleider. Bei der Reinigung waschweicher Teppiche und ähnlicher Stoffe lauge man das Stück zunächst in eine mäßige warme Persifillauge. Hierauf breite man den Teppich umgekehrt auf den Boden, wenn möglich auf den Rasen und bearbeite die linke Seite mit Wurzelkrabber oder Wurzelbelen. Nach diesem wird das Stück gewendet und die rechte Seite mit einer milden Bürste abgerieben. Nach gutem Ausspülen und Abgießen, möglichst mit einem Schlauch, kann ein Essigbad die Arbeit beschließen. Getrocknet werden Teppiche am besten in frischer Luft, mit der linken Seite nach oben liegend.

### Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in Dr. Bahr's „Zahnpulver Nr. 23“ eintauchen, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordentlich sparsam ist. — In allen Apotheken und Drogerien zu haben. (3134)

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Fette Dividenden. Die Baufertig-, Reiberei- und Bergungsaktiengesellschaft in Hamburg verteilt für das Jahr 1922 eine Dividende von 300 Prozent (25 Prozent im Vorjahr) bei einer Abschreibung von 24 Millionen Mark (12 Millionen Mark) und 6,9 Millionen Mark Tantiemenverteilung. Die Firma ist diejenige, die im Vorjahr den gefesterten brasilianischen Dampfer „Arara“ im Hamburger Hafen wieder hob. — Die Hamburg-Closternecker Hochdruckerei A. G. in Hamburg verteilt im abschließenden Geschäftsjahr 30 Prozent Dividende. — Wer Geld verdient. Auf dem Schweinemarkt festgenommen wurde ein Viehhändler Holler aus Burg i. D. Er hatte während des letzten Schweinemarktes 48 Schweine, die er mit 7600 Mk. pro Pfd. Lebhendgewicht gekauft hatte, zu dem selbst bei Berücksichtigung hoher Frachtkosten im außerordentlich hohen Preise von 11 500 Mk. pro Pfd. angeboten; verkauft wurden schließlich 16 Schweine zu 9000 Mk. pro Pfd. Lebhendgewicht und 32 Schweine zu 10 000 Mk. pro Pfd. Für den Verkauf der letzten Partie ist der Viehhändler Lebensden veranwortlich. 12 Millionen übermäßiger Gewinn wurden von Beamten des Wasseramts beschlagnahmt.

Bremen. Linsen und Wein für die Fische. Wie aus New York gemeldet wird, wurde der Dampfer „George Washington“ auf der Rückreise von Bremerhaven an der amerikanischen Küste auf Grund der Vorschriften des Antialkoholgesetzes beschlagnahmt, 44 Fässer mit Linsen und feinen Weinen, die die Besatzung während der Überfahrt nicht aufgebraucht hatten, über Bord zu werfen.

Meinheitsrecht. Vor den Papfen. Das Mandat des Mecklenburg-Strelitzer Landtags läuft mit dem Juni 1923 ab. Auf den 8. Juli sind die Landtagswahlen ausgeschrieben. Die Regierung wurde bisher von Sozialdemokraten und Demokraten gebildet. Sagen sie richtig sich der Annahme der Rechtspartei. Die Deutsche Volkspartei, die durchaus radikal eingestellt ist, geht mit den Demokraten gemeinsam vor.

### Gewerkschaften.

Löhne und Lebenskosten in Amerika. In der Vereinigten Staaten findet seit einigen Monaten eine allgemeine Aufwärtsbewegung der Löhne statt. Seit dem 15. März sind, wie wir dem „Foreign Press Service“ entnehmen, 400 Lohnverträge abgeschlossen worden, deren Höhe zwischen 10 und 30 Proz. schwankt. Diese allgemeine Welle von Lohnverträgen haben in der amerikanischen Presse eine lebhaftige Debatte hervorgerufen. Wie ist es nun tatsächlich um diese Lohnverträge bestellt? Nach Untersuchungen, die sich auf 600 000 Arbeiter in 23 verschiedenen Industriezweigen erstrecken, schwanken die Wochenlöhne um ein Mittel von 25,62 Dollar (gegenwärtig mehr als 3 Millionen Paiermarkt); zwischen 14,48 Dollar in der Düngemittelindustrie und 32 Dollar in der Eisen- und Stahlindustrie. Der Durchschnittslohn um 104 Prozent über dem Durchschnitt von 1914. Demgegenüber steht der Lebenskostenzuwachs um nahezu 60 Prozent über dem Index von 1914, so daß also der amerikanische Lohnarbeiter in den neuen Jahren seit 1914 eine Verbesserung seiner Kaufkraft um durchschnittlich 28 Prozent erfahren hat. Da dieser Steigerung für ein Land, das so reich ist wie die Vereinigten Staaten und in den letzten Jahren eine solche Steigerung keiner Produktion über das Normale oder das von Rechts wegen zu Erwartende hinaus erfahren hat, kann man natürlich vergeblicher Anträge sein. Das National Income von 1914 bis 1918 um 33 Prozent gestiegen. Nimmt man eine Steigerung der Kaufkraft um jährlich 3 Proz. in einem immer noch weiter aufblühenden Staate wie Amerika als normal an, so ist die vorerwähnte Steigerung um 28 Proz. kaum mehr als das, was normalerweise zu erwarten war. Diese rein zahlenmäßige Vergleichen überhebt zudem die vielen und weitgehenden Veränderungen, die seit 1914 mit dem amerikanischen Arbeiter und dem amerikanischen Publikum überhaupt vor sich gegangen sind durch die Erziehung der Lebens- und Konsumgewohnheiten. Zu bemerken ist aber noch, daß die amerikanische Industrie gerade durch die Steigerung der Löhne gezwungen war, ihre Betriebe rationalisieren, den Verbrauch mehr und mehr einzusparen und dadurch zu vervollkommen. Die erhöhte Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten bedeutet zugleich eine erhöhte Absatzmöglichkeit. In Deutschland haben wir eine ungetragene Bewegung. Die Unternehmer verfahren mit der Arbeiterentlohnung, um die Löhne immer mehr herabzudrücken. Nicht durch den rationellen Ausbau der Betriebe, sondern durch Hungerlöhne verdrängen sie ihre Konkurrenzsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten. Das Resultat liegt nun vor. Wir haben eine ungeheure Wirtschaftskrise in Deutschland, während in Amerika ein wirtschaftlicher Aufschwung vorliegt. Geschieht es die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie infolge der

Insenden Leistungsfähigkeit der ausgehungerten deutschen Arbeiter und der technisch rückständigen Betriebe zurück.

Jubiläumsvorstandstag der Holzarbeiter. Am 17. Juni wurde in Kassel der Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes eröffnet. Es sind nun genau dreißig Jahre her, daß in der gleichen Stadt ein Verbandstag stattfand, auf dem der Deutsche Holzarbeiterverband gegründet wurde. Der Vorgänger des Deutschen Holzarbeiterverbandes war die Gewerkschaft der Holzarbeiter, die im September 1888 in Berlin gegründet worden ist und unter der Leitung von Theodor York stand. Daneben bestand noch der Allgemeine Tischlerverein. Diese beiden Organisationen verkörpert gewissermaßen auf gewerblichem Gebiete damals in der Arbeiterbewegung einander bekämpfende Richtungen der Lassalleaner und Eisenacher. Die Verschmelzung der beiden Organisationen erfolgte erst im Jahre 1876. Der Vereinigte Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen fiel jedoch bald darauf dem Sozialistengeheim zum Opfer. Eines seiner ersten Mitglieder in Lübeck war unser Genosse Fritz Lecke, der sich heute noch mit diesem Verbandsbuch eines alten Kämpfers ausweisen kann. Unter dem Sozialistengeheim wurden wieder neue Organisationsversuche gemacht. So wurde vor genau 40 Jahren unter der Führung von Karl Klotz der Deutsche Tischlerverband gegründet. Zunächst eine lose Vereinigung örtlicher Fachvereine, wurde er im Jahre 1886 in einen Zentralverband umgewandelt. Als im Jahre 1890, nach dem Fall des Sozialistengeheim, die Gewerkschaftsbewegung wieder mehr Spielraum bekam, bekanden neben dem Tischlerverband noch einige andere Organisationen der Holzindustrie: die Vereinigung der Drechsler, deren Vorsitzender Carl Legien war, die der Stellmacher, der Bürstenmacher, der Korbmacher, der Bergarbeiter und der Bildhauer. Auf dem Kongress der Deutschen Holzarbeiter, der vom 4.-7. April 1893 in Kassel tagte, erfolgte die Verschmelzung der Verbände der Tischler, Drechsler, Stellmacher und Bürstenmacher zum Deutschen Holzarbeiterverband. Zu Vorsitzenden wurden Klotz und Leipzig gewählt. Ende 1893 zählte der Verband 23 774 Mitglieder. Am Jahresabschluss 1922 betrug die Mitgliederzahl 434 843. Im Laufe der dreißig Jahre hat der Deutsche Holzarbeiterverband sich einen führenden Platz in der Gewerkschaftsbewegung errungen.

### Sport.

In dem in der Montagsnummer veröffentlichten Resultat: Stadtsport 1 - 2. F. C. n. 1922, handelt es sich um die zweite Mannschaft 2. F. C. n. 1922.

Wahlbericht des Gruppenspieltages. Gruppenvor.: G. Scherf, Hirtelstraße Allee 48. Schriftführer: W. Schröder, Eckartstraße Allee 161a. Kassierer: W. Hoyer, Warendorferstraße 21a. Obm. Spielaussch.: Sternberg, Herrenweg, Solonie 198. Beisitzer: B. Seppert, K. Meyer. Obmann Schiedsrichtervertreter: Sauerader, Engelstraße 31/11. Beisitzer: F. Grimm, A. Meier. Obm. Protektionkommission: G. Schröder, Hügelstr. 86. Beisitzer: Krotz, Hamarlund, Hamann. Schiedsrichterleiter: Köpfe. Gerätewart der Gruppe: W. Schröder. Kassieratoren: Joh. Hoff, Rehmstedt, Wulf. Alle Vereine werden ersucht, die angegebenen Namen und Straßen der Vorstandsmitglieder zu vermerken. Laut Beschluß des Gruppenspieltages ist der Lübecker Volksbote Amtsort der Gruppe. Sämtliche Bekanntmachungen treten mit dem dabei angegebenen Tage in Kraft. Donnerstag abend, 8 Uhr findet im Anschluß an die Spielausschusssitzung eine Funktionärsitzung bei Lender, Hundest., Sportheim, statt. G. Scherf, Gruppenvorsitzender.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion von dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

#### Kaltes liegendes Land.

In letzter Herbst machte ich darauf aufmerksam, daß einige Sandplätze auf dem früheren Exerzierplatze Wesole und in dessen Nähe von der Finanzbehörde zu Spielplätzen werden bereit gestellt werden seien. Ich erwähnte, daß der Platz auf der Exerzieroppel schon seit Jahren unbearbeitet liege, während der andere angeblich als Spielplatz für die Reichswehr dienen sollte. Der Platz auf der Exerzieroppel liegt noch genau so unangehört da, wie vor Jahren. Mit dem anderen Plätze, auf dem die Reichswehr im letzten Herbst einen im Wege liegenden Rand ausbaute, heißt es genau so, ohne daß man sich nur ein Handworf davon gemacht worden wäre. Spielplätze, die nur über auch gezeigten Frauen, sind daraus nicht entstanden. Beide Plätze bedecken eine Fläche von wenig mehr, 3 Hektar. Dieses Land, im Herbst mit Roggen bebaut,